

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1879**

127 (31.5.1879)



# Beilage zu Nr. 127 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 31. Mai 1879.

## Der Präsidentenwechsel im Reichstag.

II.

An Stelle des Hrn. v. Jordanbeck wurde ein hervorragendes Mitglied der deutsch-konservativen Partei, Hr. v. Seydewitz, zum Präsidenten gewählt. Dies Ergebnis wurde ermöglicht durch ein Kompromiß zwischen der deutsch-konservativen und der Centrumsfraktion; als Gegenleistung hatte sich das Centrum für den Fall, daß die erste Vicepräsidenten-Stelle erledigt würde, die Stimmen der Deutsch-Konservativen für seinen Kandidaten, den Abg. Frhrn. v. Frankenstein, ausbedungen. Und dieser Fall trat mit unvermutheter Raschheit ein. Der Rücktritt des Frhrn. Schenk v. Stauffenberg folgte dem des Hrn. v. Jordanbeck auf dem Fuße. Hr. v. Stauffenberg hatte die Reichs-Hauptstadt bereits mehrere Tage zuvor wegen Erkrankung verlassen und motivirte seinen Rücktritt mit seinen körperlichen Leiden. Doch ist es, wie die „National-Zeitung“ sagt, keinem Zweifel unterworfen, daß derselbe diesen Rücktritt als eine logische Folge des Entschlusses des Hrn. v. Jordanbeck und der allgemeinen Lage betrachtet hat, bei deren Beurtheilung er von wesentlich gleichen Gesichtspunkten wie der seitherige erste Präsident des Reichstages ausgeht. Nicht allein für seine Person, wie das bereits genannte Fraktionsorgan konstatiert, sondern auch für seine Partei, und zwar mit Zustimmung derselben gab Hr. v. Stauffenberg seine Präsidialstelle auf. Was aller Wahrscheinlichkeit nach folgen würde, war in Reichstags-Kreisen bereits vorhergesehen. Das zwischen den Deutsch-Konservativen und dem Centrum geschlossene Uebereinkommen war nicht unbekannt geblieben. Die „National-Zeitung“ verfehlte nicht, noch in letzter Stunde auf das Eindringlichste die Bedenken geltend zu machen, die gegen die Wahl eines Centrumsmitgliedes zum ersten Vicepräsidenten des Reichstages sprechen.

In ihrem am Morgen des Wahltages erschienenen Leitartikel sagte sie u. A.:

Der Berufung eines Ultramontanen in das Präsidium des Reichstages schreiben wir eine ganz außerordentliche Wichtigkeit zu. Unsere parlamentarischen Gewohnheiten drängen den politischen Charakter bei den Präsidentenwahlen unabweisbar in den Vordergrund. Der hiesige Korrespondent der „Times“ knüpfte vor einigen Tagen an den Brief des Hrn. v. Jordanbeck die ironische Bemerkung, man wolle in Deutschland von der Stellung und den Pflichten eines „speaker“ ganz absonderliche Vorstellungen haben, wenn derselbe sein Amt niederlege, weil er sich mit der Majorität nicht mehr politisch in Einklang befände. Unsere Anschauungen sind aber andere als die englischen. Die Geschichte unserer Präsidentenwahlen im Landtage seit 1848, im Reichstage seit 1867 würde einen untrüglichen Leitfaden abgeben, um in die parlamentarische Geschichte des Staates und des Reiches einzuführen. Wie weit dieses Verhältnis an sich zu loben ist, wie weit es seine Begründung findet in der noch etwas unreifen Gestalt unseres Parlamentarismus, das zu unteruchen, würde uns hier der Raum und heute die Zeit fehlen. Der deutsche Parlamentarismus theilt diese Eigenschaft mit allen anderen Verfassungsstaaten des Continents. Jedenfalls können wir die Sache nicht mit einem Schlage ändern, und wenn heute ein Ultramontaner zum ersten Vicepräsidenten des deutschen Reichstages gewählt wird, so wird dieser Akt auf seine politische Bedeutung hin geprüft werden, so gut wie jede andere Präsidentenwahl seit dreißig Jahren.

Ziehen wir uns auf unser Fraktionsinteresse zurück, so würde uns die Wahl eines Ultramontanen durchaus nicht unwillkommen sein. Der Rücktritt Jordanbeck's und Stauffenberg's hat außerordentlich viel zur Klärung der Lage beigetragen, die Erhebung des Ersteren durch den Hrn. v. Seydewitz noch mehr. Die Wahl eines Ultramontanen Parteichefs würde Manchen in die Augen fallen. Jene unverbesserlichen Optimisten, die uns täglich von Neuem auseinanderlegen, daß das nationale und liberale Interesse bei der neuesten Entwicklung der Dinge ganz vortrefflich gedeihen, würden wenigstens in der Wiederholung der Behauptung flüchtig werden, daß das Centrum sich in einer taktisch sehr ungünstigen Situation befände, wenn die Ungunst der Verhältnisse dasselbe bereits bis auf den Präsidentenstuhl drängt. Es würde freilich mangelhaft löshen, für diese Sonderlinge ein allzu hohes Lehrgeld anzugeben, aber auch im Lande würde für viele bisher indifferente oder in Verwirrung gesetzte Kreise die Situation wie durch einen Blitzschlag erhellt werden, wenn man ihnen sagte, daß eben dieselbe Fraktion, die noch vor wenigen Monaten als eine solche bezeichnet wurde, welche den Gesetzen des Staates den Gehorsam verweigere, mit Zustimmung der Regierung zu den höchsten Ehren im Reichstag berufen wird, bevor sie ihren Frieden mit den Gesetzen gemacht hat. Unter denen, die leichten Herzens mit den wirtschaftlichen Gesetzen der letzten zehn Jahre gebrochen haben, sind doch Viele, die mit den kirchlichen Gesetzen desselben Zeitraums, mit der Richtung, welche unser Unterrichtswesen seit dem Rücktritt Mähler's eingeschlagen, nicht mit gleich leichtem Herzen brechen würden. In unserem Fraktionsinteressen könnten wir also, wie gesagt, dem Centrum die Ehre, die ihm in Aussicht steht, von ganzem Herzen gönnen.

Im Interesse des Vaterlandes wünschen wir das Gegentheil. Die Stellung Deutschlands dem Auslande gegenüber könnte nicht durchgreifender umgewandelt werden, als durch die Wahrnehmung, daß das Reich in Verfolgung der kirchenpolitischen Ziele, die es sich seit fünf Jahren gesetzt hat, schwach wird, daß es anfängt, mit seinen Feinden zu palten, bevor sie die Waffen abgelegt haben. Veröhnung, Frieden, danach trachten wir ja Alle, aber unter dem kirchlichen Frieden verstehen wir die Verhütung der Gemüther, die Vereitlung des künstlich erregten Scheines, als ob in dem gegenwärtigen Zustand irgend etwas vorhanden sei, was die Freiheit der Religionsübung beeinträchtigt. Aber ein Frieden, welcher erkauft wird durch eine Nachgiebigkeit gegen die politischen Aspirationen der katholischen Hierarchie, wollen wir nicht. Der kleinste Schritt der Nachgiebigkeit in dieser Beziehung wäre gleichbedeutend mit der vollständigen Unterwerfung des preussischen

staates, und wir wollen sogar den Schein vermieden sehen, als ob diese stattfinden könne.

Vor acht Monaten wie vor drei Monaten hielt es die deutsch-konservative Partei für unzulässig, dem Centrum einen Platz im Präsidium einzuräumen. Was ist inzwischen geschehen, um sie umzukommen? Wir können diese Frage nur beantworten, wenn wir auf die Gründe eingehen, die diese Jahre hindurch uns Alle abgehalten haben, dem Centrum diese Ehre zuzugestehen. Haben wir sie ausgeschlossen, weil sie einer anderen Konfession angehören? Unrichtige Frage; hat doch der Reichstag im Februar drei Katholiken in das Präsidium gewählt, um erst nachher von der „Germania“ sich beschern zu lassen, welcher Konfession die Erwählten angehören! Hat er sie ausgeschlossen, weil sie eine Minorität bilden? Das wird widerlegt durch den Umstand, daß der Fortschrittspartei, die an Zahl schwächer ist, ein Sitz im Präsidium eingeräumt worden ist und in den Kommissionen und Abtheilungen, die einen mehr internen Charakter tragen, die Gleichberechtigung des Centrums nicht bestritten wurde. Nein, sie sind ausgeschlossen worden, weil sie ein unveräußerliches Recht des Staates abtugnen, das Recht desselben, die Rechtsverhältnisse der Religionsgesellschaften selbständig auf dem Wege der Gesetzgebung festzusetzen, weil sie dadurch an der Souveränität des Staates rütteln, weil sie vom Staate verlangen, daß er über Rechte, die ihm gebühren, mit einer außerhalb stehenden Macht sich in Verhandlungen einlassen soll und diesen Anspruch haben sie bis heute nicht aufgegeben, wenn sie auch zur Nachgiebigkeit sich bereit erklärt haben in Punkten, die mit dieser Kernfrage nichts zu schaffen haben. Und darum sind sie heute noch nicht geeignet für das Präsidium in der Volksvertretung, nicht eher als bis sie den Gesetzen des Staates rückhaltlos sich unterworfen haben.

In Desterreich, wie in Frankreich, in Italien, wie in Belgien und der Schweiz ringen Staat und Volk mit denselben unbegründeten Ansprüchen der kirchlichen Partei wie bei uns. Ueberall hat diese Partei an Einfluß verloren, seitdem Deutschland im Kampfe gegen dieselbe vorangegangen ist; was wir an Sympathien im Auslande besitzen, das gründet sich auf die Entschlossenheit, mit der wir den Kampf für die Unabhängigkeit des Staates aufgenommen haben. Lassen wir die Partei bei uns erstarren, so erstarbt sie auch im Auslande, und wo die kirchliche Partei im Auslande erstarbt, da schlägt sie eine uns feindliche Politik ein. Lassen wir die Meinung aufkommen, daß wir die Föhne der Staatsouveränität sinken lassen, so beschämen wir unsere Freunde und erfüllen unsere Gegner mit jubelnder Siegeszuversicht. In allen Ländern galt Preußen, gilt jetzt Deutschland als der „protestantische“ Staat. Diese Bezeichnung ist unrichtig, wenn sie andeuten soll, daß die Uebung der katholischen Religion bei uns weniger Freiheit genießt, als in andern Ländern, daß der Bekenner der katholischen Religion bei uns weniger Rechte hat. Sie ist richtig, wenn sie andeuten soll, daß Preußen und Deutschland den Beruf haben, allen andern voran zu kämpfen gegen den Anspruch der katholischen Kirche, in politische Dinge sich einzumischen. Die bevorstehende Wahl hat nicht allein auf das gegenseitige Verhältnis der Parteien, auf die inneren Zustände des Reiches Einfluß, sondern vor allen Dingen auch auf die Beziehungen Deutschlands zum Auslande.

Für die Besorgnisse, die so wahrgenommen werden, fürchten wir nicht den Vorwurf der Uebertreibung, wir fürchten ihn keinesfalls demnach vor dem Forum unparteiischer Geschichte. Es ist in der That eine Haupt- und Staatsangelegenheit in des Wortes eigentlicher Bedeutung, welche in der Wahl eines ersten Vicepräsidenten des Reichstages vor uns tritt. Wir haben keine Idee davon, wie in den eigenthümlichen Zuständen, in welchen die Organisation des Reiches und Preußens sich bewegt, solche große Fragen von der Gesamtheit der leitenden Potenzen behandelt werden, ob es etwa allein der leitende Staatsmann ist, der den parlamentarischen Mann, welchen er bis jetzt auf das Centrum gelegt hat, nun wieder aufzuheben für richtig findet. Daß in einem regelmäßig organisierten Verfassungsstaate das verantwortliche Ministerium mindestens ausdrückliche Stellung zu einer solchen Frage nimmt, das wird uns, wie wir denken, von keiner Seite bestritten werden können. Die historische und politische Verantwortlichkeit aber für das, was an diesem Samstag geschehen soll, bleibt, abgesehen von jeder Form, auf Allen haften, die an der Spitze unseres Staates stehen, auf dem leitenden Staatsmann, auf den Ministern, auf den Parteien und auf den einzelnen Abgeordneten, und dies nicht nur in Bezug auf das, was sie thun, sondern auch in Bezug auf das, was sie unterlassen. Unser Wunsch wäre, daß die liberalen Elemente sich, wenn es ihnen irgend möglich gemacht wird, nicht auf die Negative zurückzögen, daß sie in der moralischen Unmöglichkeit, an der Leitung dieses Reichstages sich zu betheiligen, dennoch das Ihrige thun, um wenigstens das staatliche Prinzip ansrecht zu halten, daß sie irgend einem von konservativer Seite aus deren Mitte angestellten Kandidaten ihre Stimmen zuwenden. Nicht nur in Deutschland, durch ganz Europa würde man daraus erkennen, daß die liberale Partei selbst den Schein von sich weist, als wolle sie von einer Politik weichen, die mit ihren Traditionen wie mit denen unseres Staates untrennbar verbunden ist und auf deren Festhaltung unseres Erachtens auch dessen Zukunft beruht.

Der Kandidat des Centrums, Frhr. v. Frankenstein, wurde zum ersten Vicepräsidenten des deutschen Reichstages gewählt. Die Coalition der Rechten und des Centrums verfehlte die liberalen Elemente dieser Körperschaft in die Minorität.

Die deutsche Reichspartei hat ihre Stellung zu der Umgestaltung des Reichstags-Präsidiums in ihrem Organe „Die Post“ in nachstehender authentischer Erklärung dargelegt.

Angesichts der parlamentarischen Lage, geschaffen einerseits durch die einschiedene Weigerung der national-liberalen Partei, sich an der Wahl des ersten Vicepräsidenten zu betheiligen, andererseits durch den Seitens der deutsch-konservativen Partei mit dem Centrum geschlossenen Kompromiß mußte die Deutsche Reichspartei von jedem Versuch absehen, ihren lebhaften Wunsch, den in schwieriger Lage wohlbehaltenen zweiten Vicepräsidenten Dr. Lucius an die Stelle des Frei-

herrn v. Stauffenberg aufrücken zu lassen, zu verwirklichen. Die Wahl des Frhrn. v. Frankenstein mußte als fait accompli gelten.

Unter diesen Umständen glaubte ein Theil ihrer Mitglieder mit Rücksicht auf die Bundesgenossenschaft des Centrums in vielen Wirthschaftsfragen dem von der deutsch-konservativen Fraktion mit demselben geschlossenen Kompromiß theilhaftige Folge geben zu sollen, während ein anderer Theil auch hierdurch die erheblichen Bedenken nicht beseitigt fand, welche zur Zeit noch in ihren Augen der Erhebung eines Mitgliedes des Centrums in die oberste Vertretung des Deutschen Reichstages entgegenstehen.

## Großbritannien.

\* London, 28. Mai. Zur Feier des Geburtstages der Königin Viktoria ist bekanntlich auch ein Theil eines amerikanischen Regiments nach Canada gegangen. Prinzess Louise empfing den Obersten des Regiments und sprach ihm den Dank für jene Aufmerksamkeit aus. New-Yorker Blätter veröffentlichten einen Brief des Generals Sherman, den er als Antwort auf die Einladung, auch nach Montreal zu gehen, geschrieben. Er bedauert, die Reise nicht mitmachen zu können, da Geschäfte ihn hindern, und sagt: „Ich beneide Sie um das Vorrecht, mitzuwirken, wo es gilt, einer Herrscherin Ehre anzuthun, die länger als vierzig ereignisreiche Jahre hindurch den Geschicken Großbritanniens vorgestanden hat und deren Leben als Kind, Weib, Mutter, Königin und Kaiserin glänzend das Beispiel für die Herrscher auf Erden, welchen Titel dieselben auch haben mögen, und deren Privatleben ein Vorbild ist, dem der Geringste sowohl wie der Erhabenste unter gebildeten und erleuchteten Völkern mit Sicherheit folgen darf. Wie sehr sie auch von ihren eigenen Unterthanen geliebt werden mag, ich glaube, sie wird in keinem Lande auf Erden so hoch geschätzt, wie in dieser unserer Republik Amerika's. Ich bin gewiß, daß das 13. Regiment sich als würdige Nachkommen unserer geehrten Vorfahren und jetzigen Freunde zeigen wird.“

## Badische Chronik.

Schn. Karlsruhe, 28. Mai. (Aus der Sitzung des Stadtraths unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Lauter.) Es wird beschlossen, anlässlich der zur Feier der goldenen Hochzeit des Kaiserpaars am 11. Juni d. J. im Stadtpark stattfindenden Gesangs- und Musikaufführung den Eintrittspreis in den Stadtpark allgemein auf 30 Pf. für die Person festzusetzen und das Stadtpark-Abonnement für diesen Tag aufzuheben. Zu den Kosten werden 500 M. bewilligt und der Reinertrag soll der Wilhelm-Augusta-Sammlung zugewendet werden. Ferner wird beschlossen, an diesem Tage die Langestraße bezw. Kaiserstraße Seitens der Stadt mit Flaggen und Wimpeln zu verzieren. — Der Stadtrath beschließt einstimmig, beim Bürgerausschuß die Erweiterung der städt. Hypothekbank dahin zu beantragen, daß dieselbe ermächtigt wird, weitere Pfandbriefe im Betrage von 1 Million Mark anzugeben, behufs Gewährung von Darlehen auf zweite Hypothek bis zum Betrage von 75 Prozent des gerichtlichen Schätzungswertes, auf solche Neubauten, welche innerhalb der Stadt an Stelle alter Häuser errichtet werden.

\* Karlsruhe, 30. Mai. (Großherzogl. Hoftheater. Repertoire vom 1. bis mit 8. Juni. Sonntag, 1. Juni. XIII. Vorst. a. Ab. „Urbine.“ Montag, 2. Juni. 78. Ab.-Vorst. „Wilhelm Tell“, Schauspiel. Dienstag, 3. Juni. 79. Ab.-Vorst. „Gut gibt Rath.“ Mittwoch, 4. Juni. In Baden. II. Vorst. außer Ab. „Paula's Geheimniß“, „Der Vetter“. Donnerstag, 5. Juni. 80. Ab.-Vorst. „Meister Martin und seine Gefellen.“ Freitag, 6. Juni. 81. Ab.-Vorst. „Maria und Magdalena.“ Sonntag, 8. Juni. 83. Ab.-Vorst. „Tell“, Oper.

Für die darauffolgende Woche ist in Aussicht genommen: Montag, 9. Juni. In Baden. III. Vorst. außer Ab. „Doktor Klaus.“ Dienstag, 10. Juni. 82. Ab.-Vorst. „Ein Fallissement.“ Mittwoch, 11. Juni. 84. Ab.-Vorst. „Die Zauberflöte.“ Donnerstag, 12. Juni. 85. Abonn.-Vorst. „Doktor Klaus.“ Freitag, 13. Juni. In Baden. IV. Vorst. außer Abonn. „Meister Martin und seine Gefellen.“ Sonntag, 15. Juni. 86. Abonn.-Vorst. „Der fliegende Holländer.“

## Bermischte Nachrichten.

— (Fingirte Depesche.) Kaum ist, so schreibt der „B. V.-G.“, das Börsengeschäft wieder etwas lebendiger geworden, so beginnt auch bereits wieder das verbrecherische Spiel mit gefälschten Depeschen. An der Berliner Börse gelangte am Samstag an ein hiesiges Bankhaus ein Telegramm aus Frankfurt a. M. mit einer Verkaufsbefehle auf einen nicht unwesentlichen Betrag der Aktien einer Baugesellschaft, deren Aktien nur wenig gehandelt werden. Das Limit erschien der betreffenden Firma aber so außerordentlich niedrig, daß sie nochmals Rückfrage hielt und die Antwort erhielt, daß die Firma, deren Name unter dem Telegramm stand, eine detartige Ordre nicht abgesendet habe. Es handelt sich augenscheinlich um einen Versuch, zum Zwecke billigerer Käufe den Kurs des Papiers zu drücken. Die Angelegenheit wird der Staatsanwaltschaft übergeben werden.

— (Ganz wie in Sicilien.) Die „Limmat“ meldet aus Zürich: In jüngsten Tagen sind wieder verschiedene Drohbriefe an Großindustrielle und deren Familien gerichtet worden, Drohungen des Inhalts: daß, wenn nicht auf eine gewisse Zeit und an bestimmten Orte Summen bis auf 10,000 Fr. niedergelegt würden, das Leben der Betreffenden verwirrt sei. Sogar die Frauen jener Begüterten hat man nicht verschont; auch über sie wurde das Todesurtheil gefällt, sofern sie nicht ihren Einfluß dahin verwenden, daß sowohl die geforderten Summen erlegt werden, als namentlich auch jede Nachforschung und Verfolgung der Briefschreiber unterbleibe.



Handel und Verkehr.
Neuester Frankfurter Kurszettel im Hauptblatt

Handelsbericht.
Berlin, 29. Mai. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen per...

Paris, 29. Mai. Petroleum. (Schlussbericht.) Standard white, loco 8.30...

Spek 5.
Baumwoll-Zufuhr 2000 B., Ausfuhr nach Großbritannien 2000 B.,...

Witterungsbeobachtungen
der meteorologischen Station Karlsruhe.

Table with columns: Barometer, Thermometer, Feuchtigkeitsproc., Wind, Himmel, Bemerkung. Data for 29 and 30 May.

Berantwortlicher Redakteur:
Georg Söll in Karlsruhe.

Bürgerliche Rechtspflege.

Ganten.
R. 780. Nr. 5681. Aghern. Gegen die Verlassenschaftsmasse des f. Josef Lott...

Montag den 16. Juni 1879,
Vormittags 8 Uhr.

Es werden alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, aufgefordert...

Die im Auslande wohnenden Gläubiger haben längstens bis zu jener Tagfahrt einen davor wohnenden Gewalthaber für den Empfang aller Einbringungen zu bestellen...

Aghern, den 21. Mai 1879.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Koller.

Soppré.
R. 779. Nr. 5679. Aghern. Sammtlichen Schuldner des Nachlasses des f. Josef Lott...

Aghern, den 21. Mai 1879.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Koller.

Soppré, A. i.
R. 793. Nr. 5624. Meßkirch. In Gemäßheit des § 706, Ziff. 1 der b. P. O. wird erkannt:

Gegen den Handelsmann Reinhard Gerschbacher in Meßkirch sei die Gant zu eröffnen, unter Verschlagung der Gantmasse in die Kosten.

So geschehen
Meßkirch, den 27. Mai 1879.
Großh. bad. Amtsgericht.
F. Claus.

R. 786. Nr. 9811. Schwetzingen.
J. S.
mehrerer Gläubiger
gegen
die Gantmasse des Georg Lindemann von Schwetzingen,

Forderung und Vorzug betr.
Auschluss-Erkenntnis.

Diejenigen Gläubiger, welche in heutiger Tagfahrt ihre Forderungen anzumelden unterlassen haben, werden von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.

Schwetzingen, den 15. Mai 1879.
Großh. bad. Amtsgericht.
Armbruster.

Vermögensabsonderungen.
R. 801. Nr. 4883. Offenburg. Die Ehefrau des f. Karl Hessel junger zum Schwartzbühlbacher, Elise, geb. Jene...

Offenburg, den 29. Mai 1879.
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Civillammer.
Reinhard.

Schwaab.
R. 764. Nr. 5389. Mannheim. Die Ehefrau des f. bayr. Hauptmanns a. D. Julius Jakob Weber, Anna Maria, geb. Koch...

Mannheim, den 8. Mai 1879.
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Raths- und Anlagelammer.
Geyer.

Heinrich.

Gläubiger gebracht wird.
Mannheim, den 24. Mai 1879.
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Civillammer.
D. R. Maas.

Strafrechtspflege.
Ladungen und Forderungen.
R. 788. Nr. 10,222. Durlach.

Am 26. d. M. wurden aus den in einem f. St. hier stehenden Kombiantenwagen befindlichen 2 Kleiderkästen mittelst gewaltsamen Erbrechens derselben folgende Gegenstände entwendet:

- a. ein graues Kistenschloß mit hellgrauen Streifen, Werth M. 5.-;
b. ein hellblauer kattuner Fransenrock mit weißen Streifen und Ornamenten, Werth M. 4.-;
c. ein feines und ein baumwollenes Hemd ohne Zeichen, Werth M. 6.-;
d. zwei Paar weiße und ein Paar weiß und roth gestreifte Strümpfe, Werth M. 1.50 Pf.;
e. ein schwarzbraunes Portemonnaie mit messingnenem Schloß und Inhalt von M. 15.-;
f. 16-18 alte Geldmünzen mit je einem Ohr oder einem Loch versehen, mittelfst welchen sie in einen Springring gefast und als Uhrgehäng getragen wurden, Werth M. 20 bis 30.-;
g. 2 weiße feine Taschentücher, das eine mit, das andere ohne Borte, eines gezeichnet, Werth 60 Pf.;
h. einige Papiere, darunter Steuerzettel für Josef Schickler, im Uebrigen werthlos.

Der Thät dringend verdächtig ist die selbige, 21-23 Jahre alte Juliane Stefaun, angeblich aus Ebersfeld gebürtig, aber mit in Luxemburg gefestigten Ausweispapieren, welche sich am 26. l. Mts. von hier entfernt und über den Weg nach Maxau sich erludigt haben soll.

Durlach, den 28. Mai 1879.
Großh. bad. Amtsgericht.
Diez.

Verweisung-Beschluß.
R. 799. Nr. 2533. Mannheim.
J. u. S.

Johann Philipp Orth und Georg Adam Frey von Nedarau, wegen Erpressung, Betrugs und erschwerter Jagdvergehens.

Nach Ansicht des § 26 der Ger.-Verf., Art. 15-17 des C. G. zum N. St. G. B. und der §§ 205, 3. 5 und 207 der St. P. O. wird erkannt:

I. Philipp Orth, 48 Jahre alter, verheiratheter Chirurg von Nedarau und Georg Adam Frey, 41 Jahre alter, verheiratheter Geschäftsführer von dort, seien unter der Anschuldnung, daß sie

A. im November 1876 in der Abficht, sich einen rechtsunwürdigen Vermögensvortheil zu verschaffen, zusammen nach Hochheim bei Bretten reisten und dort die Witwe Bender, welche im Frühjahr 1876 in Nedarau ein uneheliches Kind geboren hatte, durch die drohende Verpfehlung der falschen Thatsache, sie seien Beamte aus Heidelberg, mit der Aussicht der Führung der Ständebücher betraut und wegen eines sie berührenden Eintrages im Geburtsbuche von Nedarau zu ihrer Einvernahme gekommen, in einen Irthum verriethen und zu der ihr Vermögen schädigenden Forderung von 100 M. Verrentschuldigung nöthigten, und

B. am 26. Dezember v. J. in der Blüman, Nedarauer Gemarlung, wo sie zu jagen nicht berechtigt waren, gemeinschaftlich die Jagd auf Hasen ausübten,

wegen gemeinschaftlich verübter Erpressung und damit zusammenhängenden Betrugs, sowie wegen gemeinschaftlicher, von Philipp Orth auch gewerksmäßiger Ausübung unberechtigter Jagden auf Grund der §§ 263, 263, 292, 293, 294, 295, 73, 74 und 47 des N. St. G. B. in Anlagelhand zu verlegen und zur Aburtheilung vor die Großh. Strafkammer dahier zu verweisen.

Dieses wird dem künftigen Angeklagten Joh. Philipp Orth von Nedarau hiermit eröffnet.

Mannheim, den 8. Mai 1879.
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Raths- und Anlagelammer.
Geyer.

Heinrich.

Verzeichniß
der im Amtsgerichtsbezirk Ueberlingen von vermögenslos verstorbenen Personen errichteten Testamente.

Table with columns: Der Errichtung (Jahr, Tag und Monat, Ort), Form, Der Testator (Name, Wohnort), Der eingesetzten Personen (Name, Wohnort). Contains 18 entries.

Alle obengenannten Erb- und Vermächtnisnehmer, deren Existenz und Aufenthaltsort unbekannt ist, werden hiermit öffentlich aufgefodert, ihre Ansprüche aus den genannten Testamenten innerhalb drei Monaten, von heute an, bei dem unterzeichneten Theilungsbeamten geltend zu machen, widrigenfalls die Testamente als verhängt und wirkungslos erachtet werden.

Verm. Bekanntmachungen.
R. 441. Nr. 466. Offenburg.

Rinden- und Holzversteigerung.

Das dem Domänenwaldbüchse Stollenwald bei Durbach verzeigern wir mit Zahlungsfrist bis 1. Novbr. l. J.

Montag den 9. Juni l. J., Nachmittags 1 Uhr, im Gasthaus zum "Ritter" in Durbach:

etwa 75 Zentner eigene Alt-Rinde; 16 eigene und 5 tonnen Rindholz-Stämme; 23 Ster eigenes Nadelholz; 9 Ster eigenes, huchenes und gemischtes Scheit- und Prigelholz, sowie 513 Stüd meist eigene Wellen.

Domänenwaldhüter Geiger in Durbach wird das Holz, wie die Rinde, welche bei H. Benz Wm. in Oberneffried eingekauft ist, auf Verlangen vorgezeigt.

Offenburg, den 29. Mai 1879.
Großh. bad. Bezirksforst.
Krutina.

Hofgüterverpachtung.
R. 371.2. Langenstein, Amts Stodach.

Am Dienstag dem 10. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,

verpachtet wird auf diesseitiger Rangliste folgende Hofgüter auf weitere 12 Jahre, Richtmaß 1880/92.

1. Den Ludwigshof zu Langenstein, bestehend aus den Wogen- und Oeconomiegebäulichkeiten mit darauf ruhender Wirtschaftsgerechtigkeit

26 h 75 a 43 m Ackerfeld und 9 h 90 a 45 m Wiesen zc.

2. Den Portugieserhof zu Langenstein, bestehend aus den erforderlichen Gebäulichkeiten

25 a 38 m Hofraithe und Garten

46 h 96 a 38 m Ackerfeld

11 h 04 a 21 m Wiesen, Wege und Gräben.

Dieselben befinden sich in gutem Zustande und liegen je nur 1 Stunde von den Eisenbahnhationen Eugen, Hohenbrun, Ren-

zingen zc. entfernt. Das Portugieserhofgut kann auch sogleich angetreten werden; dasselbe ist befeuert und hat noch bedeutende Vorräthe an Futter und Stroh vorhanden.

Pächter haben sich mit neu angestellten Vermögens- und Vermögenszeugnissen zu versehen und liegen die Pachtingungen bei uns zur Einsicht auf Langenstein am 20. Mai 1879.

Gräßlich Douglas'sches Rentamt. G u t.

Italienischer Rothwein, Chianti.

in Fässern mit 30 Flaschen, Fülle u. Flaschen frei, zu M. 40. - in Fässern von 40 Liter an, pr. Liter M. 1. 15 Pf. ohne Fass.

Dieser Wein habe ich in der besten Weinregion Italiens direkt angekauft und garantiere für dessen Reinheit.

Wasser setzen zu Diensten. Adolf v. Niskan, Reichs-Waldshut.